



Enteignen? Ja, bitte!

In Berlin eine Wohnung zu finden wird immer schwieriger, egal ob man sich wegen der Kinder vergrößern will, eine altersgerechte Wohnung für die Eltern oder ein WG-Zimmer sucht – es ist einfach fast unmöglich. Seit gut zwei Jahren versucht die Bürgerinitiative „Deutsche Wohnen & Co. enteignen“ die Situation zu verändern. Angestoßen von einer Welle an Nachbarschaftsinitiativen und Mietenprotesten will die Initiative nun einen Volksentscheid mit dem Ziel der „Vergesellschaftung“ der Wohnungen von sehr großen Wohnungsgesellschaften mit mehr als 3.000 Wohnungen durchsetzen. Sie sollen von einer Anstalt öffentlichen Rechts übernommen werden. Überall in der Stadt sieht man Plakate der Initiative. Es geht um „Bezahlbare Mieten für alle!“

Deutsche Wohnen ist die Hölle

Besonders im Fokus steht das börsennotierte Immobilienunternehmen „Deutsche Wohnen“, das allein in Berlin rund 111.000 Wohnungen besitzt. Dieses Unternehmen ist besonders verhasst, weil es seit Jahren Häuser verfallen lässt und sie nur saniert, um die Mieter*innen zu verdrängen. Immer wieder beklagen Bewohner*innen, dass im Winter Heizungen ausfallen oder man stundenlang in der Servicewarteschlange steckt, bevor man einen Hausmeister erreicht. Hinzu kommt, dass die Deutsche Wohnen alle Tricks ausnutzt um die Mieten zu erhöhen. Das Ergebnis lässt sich sehen: 422 Millionen Euro Gewinn im Jahr 2019.

Ziel der Initiative

Wohnungen sind eine besondere Ware im Kapitalismus, auf die man nicht verzichten kann. Selbst das bürgerliche Recht sieht Schutzmaßnahmen vor. So ist der Berliner Senat durch die Verfassung verpflichtet, dafür zu sorgen, dass für alle Bürger*innen ausreichend „angemessene“ Wohnungen vorhanden sind – aber wir wissen ja, wie geduldig Papier ist. Als „angemessen“ gelten Wohnungen, deren Bruttowarmmiete 30 % des Einkommens nicht übersteigt. Jetzt kann sich jede Berliner*in oder jeder Berliner fragen, ob man mehr oder weniger für die Miete bezahlt ... Weiter heißt es: „Jeder Missbrauch wirtschaftlicher Macht ist widerrechtlich.“ (Verfassung von Berlin, Artikel 24). Das klingt fast nach Aufforderung zur Abschaffung des Kapitalismus. Aber nicht ganz.

In Wirklichkeit setzt der legale Rahmen der Initiative sehr enge Grenzen. Es geht bei einer „Enteignung“ letztlich darum, die Konzerne zu einem Verkauf der Wohnungen zu zwingen, für den sie Entschädigungen erhalten sollen. Im Erfolgsfall wird die Höhe der Entschädigung auch entscheiden, wie teuer die Mieten in den nächsten Jahren sein werden, denn der Kaufpreis soll über künftige Mieten (teil-)finanziert werden. Der Senat setzt 29 Milliarden Euro an, den

geschätzten aktuellen Marktwert, der seit Jahren durch Spekulation in die Höhe getrieben wurde. Doch es gibt selbst im Rahmen des Kapitalismus viele Argumente, weniger zu zahlen. Erstens wird bei Enteignungen zum Autobahnbau oder für Kohletagebau, wenn ganze Dörfer platt gemacht werden, selten der Marktwert gezahlt; zweitens wurden viele Wohnungen, die heute im Besitz der Deutschen Wohnen sind, vor zwei Jahrzehnten für einen Bruchteil des heutigen Werts vom Senat verscherbelt und die Deutsche Wohnen hat viele Wohnungen seitdem verfallen lassen; drittens haben die Immobilienkonzerne durch sogenannte share deals (googlen lohnt sich) sich allein in Berlin um Hunderte Millionen an Grunderwerbssteuer gedrückt. Also wenn man den Konzernen überhaupt etwas zahlt, dann doch bitte möglichst wenig!

Nur breite Proteste zahlen sich aus!

Dass die Berliner Regierung kein Interesse daran hat, Immobilienkonzerne zu enteignen, sieht man an ihrem Umgang mit der Initiative. Es wurde alles unternommen, den Volksentscheid rechtlich zu verhindern. Auch mit dem Berliner Mietendeckel, der Mietobergrenzen vorsieht, wollte der Senat der Bewegung den Wind aus den Segeln nehmen. Ohne Erfolg....

Über Tausend Menschen beteiligen sich am Unterschriften sammeln, Plakate kleben, Infostände aufbauen usw. Ihr Engagement führt dazu, dass die Kampagne in der ganzen Stadt sichtbar und die Frage von Enteignungen in vieler Munde ist. Überall in Deutschland gab es Solidaritätsaktionen.

Letztlich hängt alles vom Druck auf der Straße ab. Daher sollten wir uns keine Illusionen über legale Möglichkeiten im Kapitalismus machen, aber die Kampagne packt das wichtige Thema der Mieten auf die Tagesordnung und ruft uns in Erinnerung, dass breite Proteste gegen die zu hohen Mieten weiterhin nötig sind!

Von Kolleg_innen für Kolleg_innen...

Wir brauchen keine „Tarifeinheit“, wir brauchen bessere Arbeitsbedingungen!

Der DB-Vorstand hat verkündet, welcher Tarifvertrag, ob EVG oder GDL, ab April in unserem Betrieb gelten soll. Dabei glauben die Damen und Herrn mit Hosenanzug und Nadelstreifen zu wissen, wer die Mitglieder-stärkere Gewerkschaft ist. Sie haben sich an den alten Betriebsratswahlen und den Erklärungen zur Tarifbindung orientiert. Für S-Bahn und Regio Berlin-Brandenburg sollen angeblich ab April ausschließlich die Tarifverträge der EVG gelten. Verschiedene Leistungen wollen sie streichen. Es ist die alte Masche: Sie wollen uns gegeneinander ausspielen.

Wie weiter? Dieses Jahr überschlägt sich einiges: BV Arbeitszeit bei der S-Bahn und so. Der Puls ist sowieso hoch. Andererseits: die DB tastet sich vorwärts und checkt, wie weit sie noch gehen können, bis was passiert. Das ist geradezu eine Einladung zum Streik.

Wie zahlreich wir sind, wird sich tatsächlich mit dem nächsten Streik zeigen.

Vom Vorstand lernen...

Die GDL-Oberer pokern darauf, dass mit fetten Tarifforderungen auch für Werkstattkollegen, FDL und so weiter sich die Mitgliederzahlen erhöhen.

Seiler und Konsorten habe sich aufgeplustert und empört: „horrende Forderungen“ seien das, die GDL sei „realitätsfern“, das wären „Kostensteigerungen von 46 Prozent“. Wir sind solche Töne gewohnt, war 2007 genauso.

Und 2019 wollten sich die Bahnvorstände schließlich die Einstiegsgehälter von 400.000 auf 585.000 erhöhen. Davon sind wir schon noch ein bisschen weg. Aber haben sich die GDL-Oberer auch überlegt, wie das Forderungspaket durchgesetzt werden soll? Wann wird von verbalen Attacken übergegangen zu echtem Druck auf die DB?

Mehr Geld für alle

Für die 5.000 sog. Führungskräfte soll jetzt ein Gutachter klären, ob sie Anspruch auf Boni haben.

Aber wenn es darum geht, „Leistung“ zu honorieren, braucht es keine Gutachter: Kolleginnen und Kollegen in den Großraumbüros der FDL haben ein „Recht“ auf mehr Geld, genauso wie alle auf den Zügen und die Aufsichten, Einsatzplanung und Fahrplanbüro, Fahrkarten und Abrechnung und so weiter. Wenn schon Leute, die schlaue Sprüche klopfen und über Arbeit reden, zehntausende Euro extra bekommen sollen, wie viel mehr müsste dann für uns alle rauspringen, die die Arbeit machen?

Als Maßstab wären auch die Menge an Applaus und Dankes-Hymnen geeignet.

Die dritte Welle?

Beim Zugpersonal hört man bei vorgehaltener Hand von vielen vermutlichen Corona-Erkrankungen bei Kollegen, die jedoch nirgendwo erfasst wurden. Überforderte Gesundheitsämter, viel zu wenige Testmöglichkeiten... ? Kollege "Risiko" fährt also weiterhin jeden Tag auf dem Zug mit.

Schöner Wohnen

Die zusätzlichen Pausenräume bei der S-Bahn, die gegen die Überfüllung der normalen Pausenräume helfen sollen, erinnern an Knast. Die sollen angeblich nur „vorübergehend“ sein wegen Corona. Aber was ist schon „vorübergehend“? Vor allem bei Corona? Zum Beispiel der Bunker in Buch mit den vergitterten Fenstern... wie kann ein mentaler Erholungseffekt entstehen? Oder der Bunker in Grünau, der kein Fenster nach draußen hat? Was haben wir nur verbrochen, um so gewertschätzt zu werden? Dabei stehen Bürotempel bei der DB derzeit oft leer. Dort kann man bestimmt super Pausen verbringen.

Große Verteilungsmaschine

Der Konzern drohte letzten Sommer, Leute in großem Stil auf die Straße zu setzen wegen... Coronakrise. Entgelte können nicht erhöht werden wegen... Coronakrise. Aber diese Krise öffnet für die DB auch neue Töpfe. 28 Milliarden sind schon eine Weile für „Digitalisierung“ veranschlagt. Und Geld kommt jetzt aus dem staatlichen Hilfestopf für... Corona-Krise. So viele Milliarden werden reingepumpt!

Mit neuem Lack, aber ohne neues Leder

Regio Nordost hat mehrere Millionen in ein Refresh von über 40 Zügen gesteckt: neue Sitzpolster, neues WC mit Farbtapete und so weiter. Und für die Lokführer*innen gibt es nichts, keinen neuen Fahrersitz, nicht mal frischer Anstrich im Führerstand. Das erinnert an die ertüchtigten 481'er. Was die Wertschätzung angeht, da muss Regio noch viel lernen.

Die Ausschreibung muss weg

Bei der Ausschreibung der S-Bahn haben sich für Züge/Instandhaltung Siemens/Stadler und Bombardier (Alstom) gemeldet, wo sich gerade die Bahnwerker an Warnstreiks der IG Metall beteiligen. Die Geier haben ein paar Probleme. Sehr schön! Viel Erfolg den Streikenden. Bei den Betreibern interessiert sich Transdev, das in Phoenix bei der Busgesellschaft streikentschlossenen Beschäftigten für besseren Arbeitsschutz gegen Corona gegenübersteht. Viel Erfolg auch ihnen! Interessiert sind neben der S-Bahn die „Länderbahn“ und MRT Hongkong... soweit man weiß (Informationen sind Mangelware).

Sie alle wollen Kohle machen. Die Zerstückelung des S-Bahn-Betriebes ist nicht vom Tisch.

Wenn dir das Flugblatt gefällt, dann gib es doch an Kolleginnen und Kollegen weiter und schreib an:

flugblatt_bahn@gmx.de || www.zugfunke.sozialismus.click || Facebook: Der Zugfunke

V.i.S.d.P.: Florian Sund, Schmarjestr. 17 14169 Berlin